

Der Geheimplan der Links-Grünen: Energie-Lockdown im Winter



Juli 2022

Die Energie-Krise ist das Resultat der links-grünen Energiepolitik

Der Schweiz droht eine **Energie-Krise von nie dagewesenem Ausmass**. Die Strom-Mangellage gilt als eines der grössten Risiken für unser Land. Sie bedroht unsere Lebensgrundlagen. Zu wenig Strom heisst Chaos, Armut, Hunger, Kälte, Tod.

Dass unser Land auf eine Strom-Katastrophe zusteuert, ist schon länger bekannt, unter anderem durch **Studien der ETH/Empa¹ und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz²**. Eine umfassende Übersicht bietet das Grundlagenpapier «Für eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung»³ der SVP Schweiz vom November 2021.

Christoph Mäder, Präsident von Economiesuisse, findet deutliche Worte: «Eine Strommangellage wäre ein Desaster: Fehlender oder zu teurer Strom kann zu Energiearmut für Haushalte führen [und] die Wirtschaft nachhaltig schädigen.» Der Wirtschaftsverband fordert klare Prioritäten: «Versorgungssicherheit vor Klimaschutz, dann Natur- und Heimatschutzinteressen»⁴.

André Dosé, Präsident von Swissgas, spricht Klartext: «Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Die Energiestrategie 2050 ist auf Sand gebaut.»⁵

Wirtschaftsprofessor **Tobias Straumann** fordert denn Bau neuer AKW-Anlagen: «Es geht nicht anders. Wir brauchen viel mehr Strom. Mit den erneuerbaren Energiequellen allein schaffen wir das nicht. Man hat in der Geschichte nie auf einen zuverlässigen Energieträger verzichtet, ohne dass man wusste, wie man ihn ersetzt. Dass man das nun tun will, ist ein Fehler.»⁶

Die SVP forderte bereits im Januar – vor dem Ukraine-Krieg! – die Einsetzung eines Strom-Generals mit dem Auftrag, Varianten für eine sichere, möglichst unabhängige und bezahlbare Energieversorgung auszuarbeiten. Bundesrat, Wirtschaftsverbände, FDP und Mitte verweigerten ein gemeinsames Vorgehen.

Falsche Versprechen – Blindflug namens «Energiestrategie 2050»

Die Ursache der Energie-Krise liegt in einer ideologischen links-grünen Energiepolitik namens «Energiestrategie 2050», die bis heute leider von der FDP

¹ Dass die Energiestrategie nicht aufgehen kann, bestätigt eine am 1. Februar 2022 publizierte Empa-Studie. Der Leiter des verantwortlichen Forschungsinstituts lässt sich zitieren mit: «Wir müssen uns also von der Vorstellung verabschieden, dass wir unseren gesamten Energiebedarf mit im Inland erzeugter, erneuerbarer Energie decken können».

² <https://www.babs.admin.ch/de/home.detail.nsb.html/81359.html>

³ <https://www.svp.ch/wp-content/uploads/2021-Positionspapier-Energie-und-Umwelt-DE.pdf>

⁴ Medienmitteilung vom 30. März 2022

⁵ Das vollständige Zitat: «Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Die Energiestrategie 2050 ist auf Sand gebaut. Man ging davon aus, dass es kein Bevölkerungswachstum gibt, die Bevölkerung den Stromverbrauch reduziert. Ebenso war bei der Abstimmung die Elektromobilität nicht in den Szenarien enthalten. Es handelte sich um eine Träumerei, die so oder so nie funktioniert hätte. Der Ukraine-Krieg zwingt uns nun auf dramatische Weise umzudenken.» NZZ, 7. Juli 2022

⁶ Schweiz am Wochenende, 16. Juli 2022

und Mitte mitgetragen wird. Diese Energiewende stützt sich auf völlig realitätsfremden Annahmen.

Die Nationalratsdebatte zur Energiestrategie 2014 zeigt, wie die damalige **Bundesrätin Doris Leuthard (CVP/Mitte) mit falschen und verantwortungslosen Versprechungen** operierte⁷:

«Erstens ist die Versorgungssicherheit nicht infrage gestellt.»

«Unsicherheit gibt es insofern nicht, als man in allen europäischen Staaten in den nächsten zwanzig Jahren eine genügende Stromproduktion haben wird.»

«Im Übrigen erinnere ich Sie daran, dass wir unsere Stromversorgung bis Anfang der Siebzigerjahre ja auch ohne Kernenergie organisiert haben. Wir machen also lediglich wieder eine Bewegung hin zu den guten alten Zeiten, in denen das auch anders organisiert war.»

Drei Irrtümer mit schwerwiegenden Folgen:

1. Die Versorgungssicherheit der Schweiz ist schon im kommenden Winter nicht mehr gewährleistet. Die Ziele und Versprechen der «Energiestrategie» sind kolossal gescheitert.
2. Die europäischen Staaten haben selber ein Stromversorgungsproblem und reden schon von Rationierung. Es ist völlig naiv zu glauben, dass Deutschland oder ein anderer Staat Strom in die Schweiz liefert, wenn er selber zu wenig Energie hat.
3. Das AKW Mühleberg mit über 3 TWh Leistung wurde 2019 völlig fahrlässig abgestellt. Die fehlenden 3 TWh sind allein der Mehrbedarf an Energie, der die masslose Zuwanderung der letzten zwanzig Jahre ausgelöst hat.

Die Bevölkerung wurde mit falschen Versprechungen an der Nase herumgeführt.

SVP warnte als einzige Partei vor den dramatischen Folgen des Energiegesetzes

Bundesrätin Doris Leuthard versprach 2017, das neue Energie-Gesetz bedeute **bloss 40 Franken Mehrkosten pro Haushalt**. Als einzige Partei bekämpfte die SVP das Energiegesetz als viel zu teuer und nicht realisierbar. Nun zeigt sich drastisch, dass die ideologische Umstellung auf erneuerbare Energien nicht funktioniert. Die Verknappung der Energie führt zu massiv höheren Preisen. Das betrifft auch die Strompreise. Damit verteuert sich das ganze Leben: Mobilität, Heizen, Nebenkosten, Mieten, Güter, Ferien, Lebensmittel, Transporte, Güter.

⁷ Debatte im Nationalrat vom 1. Dezember 2014



Die anderen Parteien machten sich 2017 über unser Kalt-duschen-Plakat lustig. Bundesrätin Leuthard sagte, die Argumente und Zahlen der SVP seien «hanebüchen»⁸. Heute lacht niemand mehr.

Die Energiepreise explodieren, es fehlt massiv an Winterstrom. Nur gerade 5 Prozent der Schweizer Stromproduktion stammen aus Wind- und Sonnenenergie! Und die Mitte-links Parteien wollen sogar noch die restlichen AKWs abstellen. Obwohl die Kernkraft CO₂-neutral und auch im Winter verlässlich für einen Drittel der Stromproduktion sorgt.

Die Elektrifizierung der Autos und Heizungen erzeugt einen massiven Strom-Mehrbedarf. Hinzu kommt die ungebremste Zuwanderung. **Solange Strom nicht ausreichend und kostengünstig gespeichert werden kann, ist es schlicht nicht möglich, auf fossile Energieträger oder Atomkraft zu verzichten.** Ausser man möchte die Wirtschaft und Gesellschaft an die Wand fahren. Der Krieg in der Ukraine verschärft die Lage zusätzlich: Bereits im kommenden Winter könnten die Menschen und die Unternehmen in der Schweiz zu wenig Energie zum Leben, Arbeiten und Heizen haben.

Der Geheim-Plan der Linken und Grünen: Energie-Lockdown

Die Einzigen, die sich über die Energiekrise freuen, sind die Linken und Grünen. Ihr (Geheim)-Plan geht auf: Umerziehung der Bevölkerung und Ausbau einer staatlichen Öko-Diktatur.

Was die Linken und Grünen wollen: Verbote bzw. Rationierung, um Sparappelle durchzusetzen. Verbot von Verbrennungsmotoren, Verbot von Ölheizungen, Fliegen verbieten, Räume dürfen nur noch auf 18 Grad beheizt werden, Fleischkonsum verbieten oder rationieren. Die individuelle Mobilität verteuern, Benzin- und Heizöl-Preise massiv erhöhen und so die Autofahrer bestrafen. Die Kurzform lautet: die freie Marktwirtschaft durch eine ökologische Planwirtschaft ersetzen.

⁸ Aargauer Zeitung, 30. März 2017

Die **grüne Fraktionschefin Aline Trede** zeigt beispielhaft die Arroganz dieser Öko-Elite gegenüber der hart arbeitenden Bevölkerung. Im Interview mit dem Tages-Anzeiger sagt sie, Autofahren sei immer schon «zu billig» gewesen⁹. Und weiter: **«Wir haben schon immer gesagt, Energie, Strom und Benzin müssten teurer werden, um den Verbrauch zu drosseln.»** Gemäss Trede müsste der Liter Benzin eigentlich 5 Franken kosten.

In die gleiche Richtung gehen die Forderungen der SP und der **Grünliberalen**. Letztere forderten schon bei der Debatte zur Energiestrategie massiv höhere Energiepreise: **«Die Energie – und alles, was mit überwiegend fossiler und atomarer Energie betrieben und produziert wird – ist zu billig!** Das ändert sich nur mit einem griffigen Lenkungssystem, das diese **nichterwünschten Energieträger verteuert [...]**»¹⁰

Auch die SP will die Bevölkerung über das Portemonnaie umerziehen. Dass dabei vor allem die tieferen Einkommen leiden müssen, interessiert die Luxus-Linken nicht. Der Nationalrat und Energie-Experte der SP, Eric Nussbaumer, betont stolz, dass sich seine Partei «immer dafür eingesetzt» habe, dass die die CO2-Abgabe «auf Treibstoffe ausgedehnt und damit zu einer **umfassenden Lenkungsabgabe** wird»¹¹. Lenken gleich staatliche Umerziehung.

Mit anderen Worten: **Nur noch Reiche können sich genügend Energie, Reisen und Mobilität leisten.** Diese asoziale Politik trifft vor allem die ländlichen Gebiete, den Mittelstand, die Familien, Mieter, das Gewerbe und alle, die auf ein Auto angewiesen sind.

Kein Wort dazu, dass die Ziele der Energiestrategie überhaupt nicht umsetzbar sind.

Kein Wort dazu, dass mit Sonnen- und Windenergie nicht genügend Winterstrom produziert werden kann.

Kein Wort dazu, dass die masslose Zuwanderung die Energiekrise zusätzlich befeuert. Heute leben in unserem kleinen Land über 8.7 Millionen Menschen. Allein von 2007 bis 2020 wanderten 1 Million Menschen in die Schweiz ein. Durch die Personenfreizügigkeit kommen jedes Jahr 60'000 bis 70'000 Personen hinzu – plus die Asylmigranten. Dieses Jahr könnten es insgesamt mehr als 200'000 Personen sein. Sie alle belasten unsere Infrastruktur und verbrauchen Energie. **Statt die Zuwanderung zu drosseln, wird die Bevölkerung in der Schweiz bestraft mit höheren Abgaben und Einschränkungen.** Die SVP wird weiter Druck machen, dass die Benzinsteuern gesenkt werden.

Auf den Corona-Lockdown plant die Linke nun den Energie-Lockdown im kommenden Winter. Strom-Rationierung für alle. Zu Hause frieren, Einschränkung der Mobilität, Home-Office und Home-Schooling usw. Der Staat teilt Energie zu. Die Linken und Grünen wollen energie-intensive Unternehmen und Industriezweige schon lange abstrafen und nehmen damit willentlich die Zerstörung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Kauf.

⁹ Tages-Anzeiger, 22. Juni 2022

¹⁰ Der grünliberale Nationalrat Josias Gasser in der Wintersession 3. Dezember 2014

¹¹ Frühjahrssession, 8. März 2017

Bundesrätin Sommaruga muss unverzüglich einen Strom-General einsetzen – oder der Bundesrat hat ihr das Dossier zu entziehen

Die Lage ist ernst: Es gilt sofort zu handeln, wenn wir diesen Winter nicht frierend im Dunkeln sitzen wollen. Was es jetzt braucht: klare Führungs-Verantwortung statt links-grüner Träumereien.

Die Wirtschaftsverbände sind viel zu passiv und müssen nun endlich öffentlich Druck auf den Bundesrat und die FDP und Mitte machen, damit der Blindflug namens Energiestrategie 2050 beendet wird und dafür alles unternommen wird, um die Versorgungssicherheit der Schweiz zu gewährleisten.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga wäre als UVEK-Vorsteherin verantwortlich, eine ausreichende, günstige und sichere Energieversorgung für unser Land zu garantieren. Sie hält aber ideologisch stur an der gescheiterten Energiestrategie 2050 fest und glaubt immer noch daran, dass irgendwelche Abkommen mit der EU oder Staaten wie Deutschland unser Strom-Problem lösen könnten. Gleichzeitig hintergeht sie Bundesrat Parmelin, indem sie verlangt, der Volkswirtschaftsminister müsse dafür sorgen, dass die sich anbahnenden Versorgungskrise gemeistert werden könne – die sie herbeigeführt hat!

Statt die Verantwortung hin- und herzuschieben, fordert die SVP Schweiz, dass **Bundesrätin Sommaruga unverzüglich einen Strom-General einsetzt.** Sein Auftrag: Lösungsvarianten für eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung auszuarbeiten. Für diese Aufgabe braucht es Personen mit Durchsetzungskraft und Erfahrung darin, weitreichende, komplexe Entscheidungen zu fällen.

Wir haben seit dem Januar bereits wertvolle Monate verloren. Wenn Bundesrätin Sommaruga weiterhin ihre Arbeit verweigert, muss ihr das Dossier entzogen werden.

Massnahmenplan der SVP

Neben dem Strom-General fordert die SVP Schweiz folgende Massnahmen:

- 20 Milliarden Franken müssen jetzt in eine sichere, kostengünstige und unabhängige Energieversorgung investiert werden. Die Investitionen sind für die Sicherung von Winterstrom einzusetzen.
- Weiterbetrieb der bestehenden AKW
- Aufhebung aller Technologieverbote
- Die CO₂-Reduktionsziele sind zugunsten einer sicheren und bezahlbaren inländischen Energieversorgung aufzuschieben
- Sofortige Planung und Realisierung von Kernkraftwerken der neuesten Technologie (z.B. Mini-Reaktoren)
- Verbandsbeschwerderecht im Bereich Ausbau von Wasserkraft ist zu sistieren, bis die Energieversorgung in der Schweiz wieder gewährleistet ist. Die Mauern von Stauseen sind, wo immer möglich, sofort zu erhöhen
- Die Energieversorgung, namentlich mit Kernenergie, ist eine Aufgabe von nationaler Bedeutung und soll entsprechende rechtliche Prioritäten erhalten
- Gas-Lager in der Schweiz

- Bundesrätin Sommaruga und ihre Kolleginnen und Kollegen machen Ferien, statt sich der Versorgungslage des Landes anzunehmen. Der Bundesrat muss umgehend seine Arbeit wieder aufnehmen – wie auch die gut bezahlten UVEK-Verwaltungsangestellten.

Die ausserordentliche Lage erfordert einen **ausserordentlichen Sondergipfel anfangs August**. Die SVP Schweiz fordert den Bundesrat auf, die **Parteien, Energieversorger und Wirtschaftsverbände** einzuladen und einen klaren Massnahmenplan zu präsentieren, wie die Energieversorgung in der Schweiz gewährleistet werden kann: kurzfristig in diesem Winter und für die Zukunft.